

Inhalt:

## Ratssitzung vom 30.09.2015

Geschäftsordnung für den Rat

Änderung des Flächennutzungsplanes Prangenweg

Straßenbenennungen

Anfragen und Anregungen

Informationsgespräch mit Rudolf Sievers

## Sitzung des Jugend-/Sozial-/Sportausschusses am 12.10.2015

Asylbewerber in Papenburg

Neuaufgabe des Familienpasses

Maßnahmen im Eigenheim- und Wohnungsbausektor beim

Erwerb von Baugrundstücken

Zuschussantrag für das Kapitänsviertelfest

Vorstellungsgespräche für den Stadtbaurat

## Oktober 2015

### Ratssitzung vom 07.10.2015

Anwesende SPD-Mitglieder im Kulturausschuss: Jürgen Broer, Maureen Bamming, Ludger Husmann, Günther Klein, Peter Raske, Bernd Schmees

### Anpassung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften sowie den Ortsrat aufgrund der Änderung der Beratungsfolge

Die CDU-Fraktion im Ortsrat Aschendorf hatte durch Ortsbürgermeister Friedhelm Führs beantragt, die Beratungsfolge der städtischen Gremien zu ändern. Bisher war die Reihenfolge der Beratungen: 1. Fachausschuss, 2. Ortsrat, 3. Verwaltungsausschuss bzw. Rat.

Ortsbürgermeister Führs beantragte im Ortsrat, den Ortsrat bei Angelegenheiten des eigenen oder übertragenen Wirkungsbereiches in der Beratungsfolge voranzustellen, so dass die neue Beratungsfolge wie folgt aussähe: 1. Ortsrat, 2. Fachausschuss, 3. Verwaltungsausschuss bzw. Rat.

Ziel des Antrages sollte sein, die Belange des Ortes Aschendorf intensiver in die Beratungen einbringen zu können, wenn sie gleich zu Beginn einer Beratung erörtert werden. Als Grundlage des Antrages wurde § 94 des NKomVG angeführt. Die Verwaltung hatte diesen Antrag geprüft und kam zu dem Ergebnis, dass eine Verschiebung der Beratungsfolge in dieser Form zwar möglich wäre, aber erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit in Rat und Verwaltung hätte. Ebenfalls würde eine stärkere Partizipation in den Beratungen durch eine geänderte Folge der Beratungen nicht festgestellt.

Um das beantragte Ziel, eine geänderte Beratungsfolge zu

erreichen, wäre ein Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung im Rat zu stellen, da die Geschäftsordnung Ratsangelegenheit ist.

Der Antrag der CDU-Fraktion im Ortsrat wurde dort am 18.06.2015 einstimmig angenommen.

Die Vorlage wurde bei 5 Gegenstimmen im Rat am 15.07.2015 mehrheitlich beschlossen. Sie wurde dem Rat jetzt zur Beschlussfassung vorgelegt.

Bürgermeister Jan Peter Bechtluft (CDU) wies darauf hin, dass durch die Änderung der Geschäftsordnung sich der Charakter der Beteiligung des Orsrates ändert. Dadurch, dass der Ortsrat nun zu Beginn der Beratungen beteiligt werden sollte, schwindet der Einfluss auf das Endergebnis der Beratungen. Stattdessen steige der Input, der durch den Ortsrat in die Beratungen gegeben wird. Dies gelte es zu bedenken.

Der Rat beschließt mit den Stimme der SPD die Anpassung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse sowie den Ortsrat noch einmal im Ortsrat zu diskutieren, um die Auswirkungen deutlich zu machen.

### 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (Prangenweg)

Hier soll ein neues Baugebiet entstehen. Kritik zu diesen Plänen gab es von der SPD. Jürgen Broer und Ludger Husmann führten an, dass die Einwände der Bürger im Prozess nicht ausreichend berücksichtigt worden sind.

Deshalb stimmte die SPD-Fraktion gegen die Änderung im Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan.

Die Abstimmungen ergaben im Anschluss allerdings eine große Mehrheit für die Vorlagen.

### Straßenbenennung im Bebauungsgebiet zwischen Umländerwiek und Spillmannsweg

Die drei Straßen dort sollten folgende Namen erhalten: Einsteinstraße, Bunsenstraße und Röntgenstraße. Diese Vorschläge hatten zuvor im Kulturausschuss und im Verwaltungsausschuss jeweils einstimmige Mehrheiten erhalten.

schlug Peter Raske vor, dass die Namensgebung zukünftig im Bauausschuss verabschiedet werden sollte und nicht wie bisher im Kulturausschuss. Damit würde man Zeit und Mühe sparen.

Das Thema Straßenbenennungen erhitze und erheiterte im Rat wie so oft die Gemüter. UBF-Fraktionsvorsitzender Dr. Volker Eissing schlug eine große Reihe verschiedener Namen vor, die alle einen lokalen Bezug hatten. Für die SPD

Der Antrag des UBF, die Namen noch einmal in den Kulturausschuss zu geben, wurde abgelehnt. Stattdessen wurde der Antrag angenommen. Die Namen sind also Bunsenstraße, Röntgenstraße und Einsteinstraße.

## Anfragen und Anregungen

Unter "Anfragen und Anregungen" kritisierte Ludger Husmann (SPD) die Niederschriften. Er regte an, dass die Protokolle der Ausschüsse in Zukunft detaillierter die Beiträge der Mitglieder aufzeichnen sollten. Stellvertretender Ratsvorsitzender Butke gibt zu bedenken, dass gerade bei

den mehrere Stunden dauernden Ausschüssen die passgenaue Aufzeichnung jeder Meldung schwierig wäre.

Ludger Husmann regte an, die Ratssitzungen zu beginnen, damit arbeitende Mitbürger leichter daran teilnehmen können.

## Informationsgespräch der SPD-Kreistagsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion mit dem Leiter der Arbeitsgruppe Arbeit und Beschäftigung Rudolf Sievers über die Maßnahmen die Erfahrungen der Integration von Flüchtlingen in Arbeit in Papenburg am 08.10.2015

Teilnehmer: Rudolf Sievers, Karin Stief-Kreihe, Willi Jansen, Andrea Kötter, Peter Kramer, Peter Raske, Jürgen Broer, Maureen Bammig, Ludger Husmann

Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion ließen sich von dem Leiter der Arbeitsgruppe Arbeit und Beschäftigung Rudolf Sievers in Papenburg über die Maßnahmen die Erfahrungen der Integration von Flüchtlingen in Arbeit in Papenburg informieren.

Wichtige Voraussetzung für die Integration in Arbeit sind Sprachkenntnisse und Mobilität. Ohne ein Mindestmaß an Deutschkenntnissen fällt eine Integration in Arbeit schwer, berichtete Rudolf Sievers. Deshalb wird in Papenburg auch großer Wert auf Sprachkurse gelegt. Erste Maßnahmen zur Arbeitsintegration in Papenburg sind Betriebspraktika und 1-Euro-Jobs.

Eine Integration in den Arbeitsmarkt hängt auch ganz wesentlich vom Status der Flüchtlinge ab. Mit ihrem Status verbunden ist auch eine unterschiedliche Zuständigkeit der Behörden und unterschiedliche behördliche Fördermöglichkeiten. So lange Asylbewerber noch im Anerkennungsverfahren sind, ist die Agentur für Arbeit für die Beratung zuständig und die Kommune kann 1-Euro-Jobs finanzieren. Nach der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wechseln die Flüchtlinge zum Jobcenter. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt. Für die konkrete Arbeitsförderung spielt auch das Ausländeramt des Landkreises eine wichtige Rolle.

In Zukunft wird es deshalb immer dringender, dass sich die

Akteure, seien es Arbeitsagentur, Jobcenter, Ausländeramt oder Unterstützungsorganisationen absprechen bzw. gegenseitig informieren.

Rudolf Sievers betonte, dass durch die Veränderungen in der Gesetzgebung es ständig Neuerungen gibt. So könnte es sein, dass durch das Asylbewerberbeschleunigungsgesetz und dadurch dass die Flüchtlinge erst nach ihrer Anerkennung aus den Erstaufnahmeeinrichtung in die Kommunen kommen, sie gleich in die Zuständigkeit des Jobcenters übergehen. Damit müssen sich die Flüchtlinge wie andere Hartz-IV-Empfänger auch selbständig Wohnraum besorgen. Für diese anerkannten Flüchtlinge brauchen dann von den Kommunen nicht mehr Wohnungen bereitgehalten werden. Ebenso fällt damit die Residenzpflicht weg und damit könnten neue Wanderungsbewegungen beginnen. Mit dieser Problematik sollten sich die politisch Verantwortlichen schnellst möglich auseinandersetzen.

Insgesamt zeigte sich Rudolf Sievers optimistisch, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nach seiner Erfahrung haben über 50 % der Flüchtlinge in Papenburg eine gute berufliche Qualifikation und sind hochmotiviert, Geld zu verdienen, um ihre Familie nachzuholen. Wenn es ihnen gelingt, wird dies jedoch dazu führen dass sich der Zustrom vervierfacht.

## Sitzung des Jugend-/Sozial-/Sportausschusses am 12.10.2015

SPD-Mitglieder des Ausschusses: Peter Raske, Bernd Schmees

### Sachstandsbericht zur Aufnahme der Asylbewerber in Papenburg

Papenburgs Bürgermeister Bechtluft sieht in der aktuellen Flüchtlingskrise eine Herkulesaufgabe, die in Papenburg aber gemeistert werden kann. Bis Ende Januar ist mit weiteren 272 Flüchtlingen zu rechnen.

Er bedankte sich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Rathaus, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Roten Kreuzes, allen involvierten Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die dazu beitragen, das Problem zu lösen.

Peter Raske wies darauf hin, dass durch die Veränderungen in der Gesetzgebung es ständig Neuerungen gibt. So könnte es sein, dass durch das Asylbewerberbeschleunigungsgesetz und dadurch dass die Flüchtlinge erst nach ihrer Anerkennung aus den Erstaufnahmeeinrichtung in die Kommunen

kommen, sie gleich in die Zuständigkeit des Jobcenters übergehen. Damit müssen sich die Flüchtlinge wie andere Hartz-IV-Empfänger auch selbständig Wohnraum besorgen. Für diese anerkannten Flüchtlinge brauchen dann von den Kommunen nicht mehr Wohnungen bereitgehalten werden. Ebenso fällt damit die Residenzpflicht weg und damit könnten neue Wanderungsbewegungen beginnen. Mit dieser Problematik sollten sich die politisch Verantwortlichen schnellst möglich auseinandersetzen.

Die meisten Flüchtlinge in Papenburg hätten eine gute berufliche Qualifikation und wären hochmotiviert, Geld zu verdienen, um ihre Familie nachzuholen. Wenn es ihnen gelingt, wird dies jedoch dazu führen dass sich der Zustrom vervierfacht.

# Papenburg rechnet bis Ende Januar mit weiteren 272 Asylbewerbern

„Mammutaufgabe für die Stadt“ – Verwaltung hat größere Wohnungen im Blick

Von Jürgen Eden

**PAPENBURG.** Die Zahl asylsuchender Menschen wird in Papenburg weiter steigen. Bisher leben dort 245 Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Nach dem derzeitigen Stand erhöht sich die Zahl bis Ende Januar um weitere 272 Menschen. Das wurde während der Sitzung des Sozialausschusses deutlich.

Die neue Zahl der aufzunehmenden Menschen errechnet sich aufgrund einer Zuweisungsverfügung der Landesaufnahmestelle, wonach bis Ende Januar weitere 234 Asylbewerber aufzunehmen sind. Außerdem sind noch aus vorherigen Quoten 38 Zuweisungen zu berücksichtigen.

Bürgermeister Jan Peter Bechtluft (CDU) bezeichnete die Aufnahme und Integration von Asylsuchenden vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarktes als Mammutaufgabe, bei der

inzwischen Verwaltungsbedienstete an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gelangen würden. Dennoch sei dem viel zitierten demografischen Wandel nur mit Zuzug zu begegnen. „Arbeitsmigration ist von jeher ein großes Thema in Papenburg, von dem insbesondere die Meyer Werft, aber auch viele andere Betriebe in unserer Stadt profitieren. Nur durch Zuwanderung werden wir weiterhin wachsen und wirtschaftlich prosperieren können“, erklärte Bechtluft. Außerdem ließen sich die Völkerwanderungen im globalisierten digitalisierten Zeitalter nicht durch Mauern, Zäune, Stacheldraht oder Kriegsschiffe im Mittelmeer aufhalten.

Nach Worten der Fachbereichsleiterin Birgit Lelonek gelinge es derzeit noch, Asylbewerber dezentral in kleinen Wohneinheiten mit maximal 13 Personen im gesamten Stadtgebiet unterzubringen, da noch viele Wohnun-

gen aus der Bevölkerung angeboten würden. In den Fokus rücken inzwischen jedoch auch größere Objekte mit Kapazitäten für bis zu 25 Menschen.

## „Entscheider fehlen“

Pascal Albers (CDU) lobte die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Dennoch äußerte er die Sorge, dass die positive Stimmung bei Überforderung der Bevölkerung kippen könne. Außerdem dürfe man andere Hilfsbedürftige in Papenburg nicht vergessen. Marion Terhalle (FDP) machte deutlich, dass man Menschen aus sicheren Herkunftsländern zeitnah „ehrlieh und deutlich“ sagen müsse, dass sie nicht bleiben könnten.

Heiner Butke (CDU) verwies indes darauf, dass es bei den zuständigen Behörden an Entscheidern fehle, denn für derartige Positionen sei umfassendes rechtliches, politisches und kulturelles Wissen aus den Herkunftslän-

dern der Asylbewerber unabdingbar. Peter Raske (SPD) lobte ebenfalls die Hilfsbereitschaft. Er regte an, dass ehrenamtliche Betreuungsangebote auf den Freiwilligenserver im Internet gestellt werden können.

Während der weiteren Beratungen stimmte der Ausschuss dafür, den Zuschuss für die Migrationsarbeit des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) von 31.000 Euro auf 45.000 Euro zu erhöhen. Das beinhaltet beispielsweise die Fortführung des 2011 begonnenen Projektes „Jugend und Migration in Papenburg“ (JuMP) sowie die Beratung und Vernetzung mit Schulen, Kindertagesstätten sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

 **Niedersachsen zieht das Tempo an:** Das Land will 2500 Flüchtlinge pro Woche auf die Kommunen verteilen: [www.noz.de/fluechtlinge](http://www.noz.de/fluechtlinge)

Ems-Zeitung 15.10.2015

## Neuaufgabe des Familienpassprogramms für die Jahre 2016 bis 2018

Der Familienpass soll für die Jahre 2016 – 2018 erneut aufgelegt werden. Da nur ein geringer Teil der Anspruchsberechtigten den Familienpass nutzt, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, ab 2016 die Ausgabe des Familienpasses nur auf Antrag vorzunehmen.

In der jetzigen Periode, die zum 31.12.15 ausläuft, wurden 2.538 (Stand Frühjahr 2015) Familienpässe ausgegeben. Davon wurden 2.363 direkt an anspruchsberechtigte Familien versandt, 175 wurden zusätzlich durch Zuzug bzw. Geburt des 2. Kindes etc. ausgegeben.

Für die Inanspruchnahme von Vergünstigungen im Bereich VHS, Kulturkreis und Malschule wurden Einkommensgrenzen eingeführt, um hier auch dem sozialen Anspruch des Programms stärker gerecht zu werden: 25.600,00 € jährlich für Familien mit zwei Kindern, für jedes weitere Kind 2.600,00 € Zuschlag. (Einkommen: Summe der positiven Einkünfte laut Steuerbescheid grundsätzlich des letzten Jahres, ansonsten des letzten verfügbaren Bescheides. Bei aktuellen Einkommensänderungen durch sonstigen Nachweis. Auch hier Berechnung wie im Einkommenssteuerbescheid (Bruttoarbeitslohn abzgl. Werbungskosten, sofern nicht nachweisbar von z. Zt.

1.000,00 € Pauschale). Bei Empfängern von Sozialleistungen entsprechender Bescheid. Bei nichtverheirateten Eltern gilt das Einkommen beider Elternteile, ebenso wie bei Stiefeltern. Einkünfte kindergeldberechtigter Kinder zählen ebenso wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuss, Bafög, Wohngeld und Lastenzuschuss nicht zum Einkommen.) Die Berechtigung zur Ermäßigung wird bei Vorlage des Steuerbescheides durch Stempelaufrückdruck auf den Familienpass erteilt (Bürgerbüro).

Den Ermäßigungsstempel haben 116 Familien erhalten (Stand Frühjahr 2015) für Ermäßigungen für Konzert- und Theaterveranstaltungen/Kursgebühren der VHS/ Gebühren der Mal- und Kreativschule.

In 2012 konnten 73 Ferienpässe, in 2013 = 65 und in 2014 = 76 Ferienpässe (ab dem 3. Kind) kostenlos ausgegeben werden.

Im Eigenheim- und Wohnungsbausektor konnten folgende Nachlässe vom Fachdienst Grundvermögen (5% Nachlass auf den Grundstückspreis ohne Nebenkosten) gewährt werden. 2012: 5 Fälle, 2013: 1 Fall, 2014: 4 Fälle.

Mit den Stimmen der SPD wurde abgelehnt, dass die Erst-

ausstellung nur auf Antrag erfolgt.

Eine Erhöhung der Freigrenzen bei den Einkommen wurde

verschoben und die Verwaltung beauftragt, die Kosten bei einer Erhöhung zu ermitteln.

## Maßnahmen im Eigenheim- und Wohnungsbausektor beim Erwerb von Baugrundstücken von der Stadt Papenburg

Die UBF-Fraktion hatte beantragt, jungen Familien einen Rabatt auf den Kauf eines Baugrundstücks in gestaffelter Höhe zu gewähren, um die Abwanderung von jungen Familien in das benachbarte Ostfriesland zu verhindern. Familien mit 3 Kindern sollten 20 % Preisreduzierung bei

den Grundstückspreisen erhalten, Familien mit 2 Kindern erhalten 15 %, Familien mit 1 Kind 10 %, frisch verheiratete Paare einen Rabatt von 5 %.

Der Antrag wurde zurückgezogen und soll im Rahmen des Demografiberichts neu diskutiert werden.

## Gewährung eines Zuschusses im Rahmen des ehrenamtlichen sozialen Engagements

In der letzten Sitzung des Ausschusses am 14.07.2015 wurde die neue Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des ehrenamtlichen sozialen Engagements verabschiedet.

Zwischenzeitlich war ein Zuschussantrag des Fördervereins Kapitänsviertel e. V. eingegangen:

Der Förderverein, dem sich aus den ca. 780 Familien des Kapitänsviertels über 300 Personen angeschlossen haben, plante die Durchführung eines „Kapitänsfestes“, das zwischenzeitlich auch bereits durchgeführt wurde. Zu diesem Fest waren alle Mitbürger eingeladen. Es fand ein Unterhaltungsprogramm statt, um möglichst viele Bürger an diese Gelegenheit der Kommunikation, des Kennenlernens und des Miteinanders heranzuführen. Für Kinder fand neben dem kindgerechten Unterhaltungsprogramm ein Flohmarkt statt. Ein Großteil der Angebote wurde kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Preise für die Beköstigung wurden sehr niedrig gehalten.

Folgender Finanzierungsplan lag der Veranstaltung zugrunde:

Stromanschluss: 200,00 €

Haftpflichtversicherung: 238,95 €

Flyer für die Bewerbung: 286,84 €

Banner für die Bewerbung: 167,43 €

Zeltmieten: 600,00 €

Verkaufs- und Kühlwagen: 200,00 €

Toilettenwagen: 200,00 €

Clown Timmy für die Kinderbelustigung: 200,00 €

Gagen für Chöre und beteiligte Vereine: 220,00 €

Gema: 170,77 €

Unvorhersehbare Kosen: 200,00 €

**Gesamtausgaben: 2.683,99 €**

Erlös aus Kaffee und selbstgebackenen Kuchen: 300,00 €

Erlös aus Verkauf von Getränken: 500,00 €

Zuschuss der Stadt Papenburg: 800,00 €

Entnahme aus der Rücklage des Vereins: 1.083,99 €

**Gesamteinnahmen: 2.683,99 €**

Auf Nachfrage nach der Endabrechnung wurde nur berichtet, dass das tatsächliche Defizit wesentlich höher war, weil schlechtes Wetter herrschte und nicht alle Veranstaltungen durchgeführt werden konnten.

Die Veranstaltung fällt unter die Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des ehrenamtlichen sozialen Engagements. Der Finanzierungsplan entspricht den dort gemachten Vorgaben. Auch eine nachträgliche Bewilligung ist nach der Richtlinie möglich.

Daher wurde dem beantragten Zuschuss in Höhe von 800,00 € mehrheitlich zugestimmt.

Peter Raske stimmte dagegen, Bernd Schmees enthielt sich der Stimme.

## Vorstellungstermin für den Stadtbaurat in einer ratsoffenen Verwaltungsausschusssitzung am 16.10.2015

Es wurden 3 Kandidaten eingeladen. Einer von ihnen wird am 14.11.2015 im Rat vom Bürgermeister für die Wahl vorgeschlagen. Die SPD-Fraktion wird sich auf der

Fraktionssitzung am 02.11.2015 entscheiden, ob sie dem Vorschlag des Bürgermeisters folgt.